

Iranischer Präsident wirft Schmidbauer Falschdarstellung im Mykonos-Prozeß vor

'Berliner Gericht soll Aufgabe frei wahrnehmen'

Rafsandschani: Informationsminister hat nicht die Einstellung des Verfahrens gefordert

jj Teheran (Eigener Bericht) - Der iranische Präsident Ali Akbar Rafsandschani hat Kritik an Deutschland geübt und dabei Kanzleramtsminister Bernd Schmidbauer indirekt der Falschdarstellung bezichtigt. Schmidbauer hatte im sogenannten Mykonos-Prozeß ausgesagt, daß der iranische Informationsminister die Einstellung des Verfahrens gegen die mutmaßlichen Mörder von vier kurdisch-iranischen Oppositionspolitikern gefordert habe. 'Dies ist eine große Lüge', sagte der Präsident in einem Gespräch mit deutschen Journalisten. Seine Regierung bestehe darauf, daß das Berliner Gericht 'frei seine Aufgabe' wahrnehme, damit das Ergebnis all jene beschäme, die 'diesen Fall als Vorwand nutzten, um uns zu diffamieren'. Der Iran sehe den Terror nicht als 'geeigneten Weg', um seine Anschauungen durchzusetzen.

Gleichzeitig kritisierte der Präsident das Verhalten der Bundesrepublik, wenn es um Terror gegen den Iran gehe. Die 'Terroristen, die bei einem Anschlag auf die Zentrale der Partei der Islamischen Republik 72 Men-

schen ermordet haben (gemeint sind die Volksmudjaheddin), dürfen ganz offiziell in Ihrem Land tätig sein; sie verkehren mit Ihren offiziellen Stellen. Diese Leute sind nie bei Ihnen vor Gericht gestellt worden.'

Allen westlichen Ländern warf Rafsandschani vor, im Fall Rushdie 'unnötige Empfindlichkeiten' zu zeigen. Das Kopfgeld habe nicht der 'iranische Staat, sondern eine private wohltätige Institution' ausgesetzt; das dürfe man nicht der Regierung anlasten. Überdies meinte der Präsident, daß die Fatwa gegen Rushdie von jenen aufgebauscht werde, die den 'Iran noch mehr unter Druck zu setzen suchen'. Die Fatwa sei ein 'rechtlich gültiges Urteil'; auf das Vergehen des Dichters stehe die Todesstrafe. Er wundere sich nur, daß die westlichen Rechtsexperten ihren Völkern diese rechtlich eindeutige Sache nicht erklärt hätten. 'Tausende von islamischen Rechtsgelehrten haben diese Strafe als rechtmäßig anerkannt, aber Ihre Propagandapparate haben daraus etwas Neues gemacht.'

Zu dem Abkommen über den Weiterbau des Reaktorkomplexes Buschir sagte der Präsident, daß der Iran keine Atomwaffenpläne hege. Die Anlagen befänden sich 'unter der Lupe der Wiener Atomenergiebehörde IAEA'. Er warf der Bundesrepublik vor, daß ihre Firmen in den siebziger Jahren drei Milliarden Dollar 'von uns kassiert haben und dann abgehauen sind'. (Der Bau wurde nach der Revolution eingestellt, weil um die Sicherheit der deutschen Techniker gefürchtet wurde und der Iran in Zahlungsschwierigkeiten geriet.)

In der Frage des Friedensprozesses nach dem Mord an dem israelischen Premier Rabin gab sich Rafsandschani eher moderat. Der Iran werde keine 'große oder entscheidende Rolle spielen'. Bei dem Friedensprozeß handele es sich um 'Dinge, die in der Region ablaufen'. Der Iran werde seine Meinung nur gegenüber jenen äußern, die sie zu hören wünschen, sich aber nicht an dem Prozeß beteiligen.

IRANS PRÄSIDENT Ali Akbar Rafsandschani

Photo: Reuter/SZ-Archiv